

## **Antrag**

der Abgeordneten **Ulrike Flach, Cornelia Pieper, Christoph Hartmann (Homburg), Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Dr. Christel Happach-Kasan, Klaus Haupt, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Hellmut Köngishaus, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Harald Leibrecht, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt** und der Fraktion der FDP

## **Nationales Sicherheitsforschungsprogramm vorlegen**

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die in den letzten Jahren weltweit geplanten und ausgeführten terroristischer Anschläge extremistischer Gruppen stellen eine ernsthafte Gefahr für demokratische Gesellschaften dar. Auch eine moderne Forschungspolitik steht so vor erheblichen Herausforderungen. Deutschland muss stärker in eine Forschung investieren, die der aktiven und passiven Sicherheit des Landes und der Europäischen Union (EU) dient.

Auch innerhalb der EU wird die Notwendigkeit, sowohl einer Koordination der Sicherheitsforschung, als auch eines gemeinsamen Programms zur Erhöhung der Sicherheit in Europa durch Forschung und Technologie, erkannt, um die Freiheit in unserer Gesellschaft zu schützen.

Ein europäisches Programm für die Sicherheitsforschung sollte mit dem 7. Forschungsrahmenprogramm der EU in Verbindung stehen. Ein Ziel sollte es sein, das hierfür erforderliche Fachwissen mit den für die gemeinsame Entwicklung von Schlüsseltechnologien benötigten Investitionen zusammenzubringen, um so auch langfristig der europäischen Industrie Wettbewerbsvorteile in diesen Bereichen zu ermöglichen.

In Deutschland hat die wehrtechnische Forschung in den letzten Jahren deutlich abgenommen, was auch im Haushaltsansatz für das Jahr 2005 deutlich zum Ausdruck kommt. Der Rückgang der Mittel aus der öffentlichen Hand kann durch den privaten Sektor kaum kompensiert werden. Von den einst vierundzwanzig in der Wehrtechnik engagierten großen und mittleren deutschen Unternehmen sind nur noch acht übrig geblieben.

Diese Entwicklung ist mit einem dramatischen Arbeitsplatzabbau von 280.000 auf unter 80.000 Beschäftigte in der wehrtechnischen Branche verbunden. Nicht wieder aufzuholen ist der Wegfall wehrtechnischer Kompetenz durch den so genannten „brain drain“, die Abwanderung von Forschungskompetenz. Während Großbritannien und Frankreich heute rund 75 % des europäischen militärischen Forschungs- und

Entwicklungsbudgets stellen, liegt der deutsche Anteil bei nur noch 14 %. Die deutsche Industrie hat die Forschungsmittel auf ca. 100 Mio. € deutlich abgesenkt. Für die reine Rüstungsforschung standen in Deutschland 2003 ca. 220 Mio. €, in Frankreich 440 Mio. € und in Großbritannien ca. 530 Mio. € zur Verfügung (vgl. Wiss. Dienst Reg. Nr. WF VIII G-150/2003) zur Verfügung.

Die Trennung zwischen militärischer und ziviler Forschung ist in kaum einem anderen Land so ausgeprägt wie in Deutschland. Angesichts neuer Technologien, wie der Biotechnologie, der Nanotechnologie und der Informationstechnologie, die Breitanwendungen über viele Bereiche ermöglichen, wird sich eine solche Trennung hinsichtlich der Forschung kaum aufrecht erhalten lassen.

Die Forschung in diesem Bereich muss wieder stärker gefördert werden. Dabei geht es keineswegs vordergründig um direkte militärische Forschung, sondern primär um Sicherheitsforschung für den zivilen Schutz von Menschen, Gebäuden und Anlagen sowie Infrastruktureinrichtungen. Dazu gehören z.B. neue Materialien zum passiven Schutz für Mensch und Gerät, optische Technologien, Satellitentechnologie, Bio- und Gentechnik oder die Nanotechnologie.

Dazu gehören aber auch Forschungen für eine sicherheitsbegünstigende Architektur, die hilft, Gebäude so zu konstruieren, dass viele Menschen möglichst schnell und sicher aus ihnen evakuiert werden können. Dazu gehören Forschungen, die auf Vereinfachung und Effizienzsteigerung von Sicherheitschecks bei Personen und Gütern abzielen. Dazu gehören Forschungsvorhaben, die die passive Sicherheit von Gebäuden verbessern (Senkung der Entflammbarkeit durch neue Werkstoffe, verbesserte Isolierung). Solche Forschungen haben angesichts von Großereignissen wie der WM 2006 besondere Bedeutung. Die schrecklichen Attentate der letzten Jahre, z.B. auf eine U-Bahnstation (Japan) und auf eine Bahnanlage (Spanien) und besonders der Anschlag des 11. Septembers in den USA haben gezeigt, dass terroristische Bedrohungen sich immer stärker gegen zivile Ziele mit großen Menschenansammlungen richten.

Zur Forschung für mehr Sicherheit gehört auch die Friedens- und Konfliktforschung, um Ursachen, Wirkungen und Hintergründe der Entwicklung z.B. des islamischen Fundamentalismus, verschiedener Formen des politischen Extremismus und des internationalen Terrorismus zu erkennen und Konzepte für eine Politik der Friedensschaffenden und Frieden erhaltenden Maßnahmen zu entwickeln. Nur wenn die Ursachen und Auswirkungen heutiger Konflikte verstanden werden, können langfristige politische Strategien erarbeitet werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. ein Ressort übergreifendes Programm „Forschung für mehr Sicherheit“ unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung aufzulegen, das:
  - die Forschung und Entwicklung bezüglich der Abwehrmaßnahmen gegen bioterroristisch einsetzbare Erreger (z.B. Pocken, Milzbrand, Tuberkulose) auf hohem Niveau vorantreibt. Dabei sollen insbesondere die Diagnosefähigkeiten (Schnelltests) verbessert und die Entwicklung von Impfstoffen *und* Medikamenten vorangetrieben werden.

- den infektiologischen Schwerpunkt des Nationalen Genomforschungsnetzes (NGFN) auch über 2004 hinaus fortführt.
  - die Materialforschung auf den Bereich nanotechnologischer Verfahren für verbesserte Werkstoffen zur Erhöhung der aktiven und passiven Sicherheit für Militär, Polizei und Zivilschutz ausweitet. Das betrifft z.B. die Entwicklung von Panzerungen von Fahrzeugen, aber auch sensorische Schutzkleidung.
  - die Förderung optischer Technologien im Haushalt des BMBF für das Jahr 2005 deutlich erhöht.
  - Forschungsvorhaben, wie die „Automatische Gepäckprüfung für die Luftfahrt“ (AUGE), fortschreibt, die einen Beitrag zur Verbesserung der Auffindgeschwindigkeit von explosiven und gefährlichen Stoffen in Reise- und Handgepäck leisten.
  - Begleitforschung im Zivil- und Katastrophenschutz bezüglich des Schutzes vor ABC-Gefahren verstärkt.
  - Modellprojekte zur Entwicklung von Screening- und Ultraschallverfahren zur erleichterten Auffindung von Minen, Sprengstoff, chemischen und biologischen Kampfstoffen fördert.
  - Forschungsvorhaben zur Verbesserung der Sicherheitsaspekte bei Gebäuden und Anlagen fördert. Dies betrifft sowohl die Materialforschung, die architektonische Gestaltung und die Umfeldgestaltung im Hinblick auf aktive und passive Sicherheit, schnelle Flucht- und Rettungsmöglichkeiten als auch die psychologische Forschung bezüglich des Verhaltens von großen Menschenmassen in Panik- und Krisensituationen sowie die Entwicklung genauerer psychologischer Analysen von terroristischen Täterprofilen auszuweiten.
  - die Sicherheitsforschung für kerntechnische Anlagen unter dem Aspekt der Gefahrenabwehr terroristischer Bedrohungen ausweitet.
  - Forschungen zur Erhöhung der Flugsicherheit in allen Phasen des Flugbetriebes ausbaut,
  - die stärkere Konzentration der Friedens- und Konfliktforschung auf den Schwerpunkt „Ursachen extremistischer und terroristischer Bedrohungen“ lenkt.
2. die finanzielle Ausweitung des 7. Forschungsrahmenprogramms nicht dazu zu nutzen, eigene Programme unter Hinweis auf stärkeres europäisches Engagement generell zurückzufahren. Sicherheitsforschung muss vielmehr zwischen den Einzelstaaten und der EU, sowie zwischen den Einzelstaaten untereinander vernetzt und durch strategische Kooperationen abgesichert werden,
  3. sich für eine Verzahnung der verschiedenen Akteure der Sicherheitsforschung (national – europäisch – international, Staat – Wirtschaft - Wissenschaft) ein-

zusetzen und die Einrichtung von Kommunikationsplattformen, Kompetenzzentren, Netzwerken und Austauschmöglichkeiten zu fördern.

Berlin, 20. September 2004

**Ulrike Flach**  
**Cornelia Pieper**  
**Christoph Hartmann (Homburg)**  
**Daniel Bahr (Münster)**  
**Rainer Brüderle**  
**Angelika Brunkhorst**  
**Ernst Burgbacher**  
**Helga Daub**  
**Jörg van Essen**  
**Otto Fricke**  
**Horst Friedrich (Bayreuth)**  
**Rainer Funke**  
**Dr. Christel Happach-Kasan**  
**Klaus Haupt**  
**Birgit Homburger**  
**Dr. Werner Hoyer**  
**Michael Kauch**  
**Hellmut Köngishaus**  
**Gudrun Kopp**  
**Jürgen Koppelin**  
**Harald Leibrecht**  
**Dirk Niebel**  
**Günther Friedrich Nolting**  
**Hans-Joachim Otto (Frankfurt)**  
**Eberhard Otto (Godern)**  
**Dr. Hermann Otto Solms**  
**Dr. Max Stadler**  
**Dr. Rainer Stinner**  
**Carl-Ludwig Thiele**  
**Jürgen Türk**  
**Dr. Claudia Winterstein**  
**Dr. Volker Wissing**  
**Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP**